

„Das Qualitätskriterium muss die gesicherte Anschlussperspektive sein“

Mit dem „Rahmenkonzept für Primar-, Stadtteilschule und Gymnasien“ sind die Konturen der aktuellen Hamburger Bildungsoffensive deutlich zu erkennen, insbesondere die Neukonzipierung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Die G.I.B. sprach mit Rainer Schulz, dem Geschäftsführer des Hamburger Institut für Berufliche Bildung. Das HIBB wurde 2007 als Landesbetrieb gegründet und ist für die Steuerung, Beratung und Unterstützung, das Monitoring und die Weiterentwicklung des Systems beruflicher Bildung in Hamburg zuständig. Das HIBB ist Schulträger und nimmt die Aufsicht über die beruflichen Schulen wahr.

G.I.B.: Vor welchem strukturellem Hintergrund wird in Hamburg das Übergangsmanagement Schule – Beruf reformiert? Was war der Anlass aktiv zu werden?

Rainer Schulz: Hamburg ist eine Dienstleistungsmetropole mit vielen Berufen im Dienstleistungssektor, für die überwiegend Schüler mit hochwertigen Schulabschlüssen infrage kommen. Schüler mit schlechten Lernausgangslagen oder ohne Schulabschluss haben kaum Chancen, eine Ausbildungsstelle zu finden. Entgegen dem allgemeinen Trend hat es in Hamburg keinen Geburtenrückgang gegeben. Wir erwarten also bis 2020 keinen Rückgang der Schülerzahlen. Unsere Probleme liegen in der Struktur des Ausbildungsmarktes – viele Dienstleistungs- und wenige Handwerksbetriebe – und darin, dass 43 Prozent der Auszubildenden aus dem Umland kommen; hinzu kommt ein hoher Migrationsanteil wie in allen Metropolen.

Die Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Hamburger Bildungsoffensive. Wir haben – wie überall – eine völlige Trennung der Zuständigkeiten vorgefunden, beispielweise bei der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen, der Berufsvorbereitung in den berufsbildenden Schulen, der außerschulischen Berufsbildung und den unterschiedlichen Arbeitsmarktprogrammen. Der jetzige Reformversuch stellt deshalb die Verbesserung der Strukturqualität und die Ergebnisqualität von Unterricht ins Zentrum.

Im schulischen Übergangssystem, dazu zähle ich die schulische Berufsvorbereitung und die Berufsfachschule, sind 44 Millionen Euro gebunden. Im außerschulischen System, also bei der Arbeitsagentur, in vom Europäischen Sozialfonds geförderten Projekten, der Wirtschaftsbehörde und im Amt für Weiterbildung, sind es weitere 66 Millionen Euro. Mit dieser Summe kann man einiges erreichen, wenn sie anders eingesetzt wird.

G.I.B.: Was verbirgt sich hinter dem Begriff Hamburger Bildungsoffensive?

Rainer Schulz: Im Zentrum steht eine Reform von der Vorschule bis zur berufsbildenden Schule, die auf die Förderung eines längeren gemeinsamen Lernens und eine nachhaltige Verbesserung der Unterrichtsqualität abzielt. Zukünftig werden alle Schüler sechs Jahre gemeinsam in der Primarschule unterrichtet. Erst danach entscheidet man sich entweder für das sechsjährige Gymnasium mit dem Abitur in der Klasse 12 oder für die Stadtteilschule, wo man nach insgesamt 13 Jahren das Abitur machen kann. Es gibt also zwei allgemeinbildende Schulformen, die beide zum Abitur führen können.

In der Stadtteilschule gehen sämtliche anderen Schulformen auf, bis auf die speziellen Sonderschulen. In allen Schulen soll individualisiertes Lernen im Vordergrund stehen, in kleineren Klassen und flankiert von einem Beratungs- und Unterstützungssystem, das jedem Schüler nach der Klasse 10 einen ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglicht.

Ab Klasse 8 ist eine verbindliche Berufsorientierung vorgesehen. Dazu gehören Kompetenzfeststellungsverfahren, gezieltes Lernen an außerschulischen Lernorten, Rahmenvorgaben und ein Berufswegeplan, den jeder Schüler führen muss. Dabei begleitet ihn drei Jahre lang ein Ansprechpartner. Ebenso verbindlich ist die Kooperation zwischen berufsbildenden Schulen und den Stadtteilschulen – die Verbände werden gerade gegründet –, und die Arbeitsagentur wird mit ihren Berufsorientierungsangeboten von Anfang an in dieses Konzept mit eingebunden. Ziel ist es, dass am Ende der 10. Klasse alle Schüler beruflich orientiert sind und dass der Matching-Prozess zwischen den Angeboten des Ausbildungsmarktes und den individuellen Kompetenzen der Schüler nachhaltig verbessert wird.



Rainer Schulz vom Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

G.I.B.: Auf welcher Basis kooperieren die Schulen? Wie kann hier ein verbindliches Vorgehen gesichert werden?

Rainer Schulz: Die Schulen, die eine Kooperation eingehen, schließen einen bindenden Kooperationsvertrag nach unseren Vorgaben ab und gestalten ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der neu entwickelten Rahmenvorgaben zur Berufsorientierung. Als Anreiz erhalten sie zusätzliche personelle Ressourcen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich die beiden Schulformen aufeinander zubewegen werden und bis zum Sommer alle Berufsschulen und Stadtteilschulen Kooperationsverträge miteinander abgeschlossen haben werden.

G.I.B.: Wenn in Nordrhein-Westfalen die Forderung an Schulen gerichtet wird, stärker auf individuelle Förderung zu setzen, kommt stets die Antwort: Dann brauchen wir mehr Kapazitäten.

Rainer Schulz: Die Ressourcen, die wir dadurch einsparen, dass weniger Schüler in den Übergangssystemen landen, kommen der Berufsorientierung ab Klasse 8 zugute. In der einjährigen Pilotphase sind 28 zusätzliche Lehrerstellen in 51 Stadtteilschulen geplant, ihre Zahl wird aber ab 2011 jährlich wachsen. Unser Ziel ist, 100 bis 150 zusätzliche Lehrkräfte in die Stadtteilschulen zu schicken. Je erfolgreicher unsere Arbeit ist, umso besser die Chancen, Personal aufzustocken. Dazu kommen die Angebote der Arbeitsagenturen, die auch eingebunden werden.

Der gesamte Prozess wird zudem von einer breit angelegten Fortbildungsinitiative und Begleitstruktur unterstützt. Alle Lehrerinnen und Lehrer im Übergangsmangement werden fortgebildet und begleitet. Die Schulen erhalten „Moderations- oder Coachingangebote“ des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, die sie nutzen können.

G.I.B.: Welche zentralen Reforminhalte kennzeichnen das neue Hamburger Übergangsmangement?

Rainer Schulz: Eine wesentliche Säule ist die Berufsorientierung in den Stadtteilschulen, insbesondere das Lernen an außerschulischen Lernorten, also in Betrieben, mit denen Kooperationen eingegangen, Praxislertage,

Praktika und dergleichen vereinbart und die systematisch vorbereitet, begleitet und ausgewertet werden.

Zweitens: Mit dem neuen Instrument, dem Berufswegeplan, werden die Erfahrungen, die Kompetenzen, die Ergebnisse, die der Schüler in seinem Berufswahlprozess erzielt hat, dokumentiert. Der Berufswegeplan begleitet ihn auch beim Übergang in eine andere Maßnahme nach der Klasse 10.

Drittens: An jeder Berufsschule werden fünf bis acht Experten für Berufsorientierung qualifiziert, die mit den Stadtteilschulen zusammenarbeiten. Ein Team aus Berufsschullehrern und Stadtteilschullehrern bestimmt ab Klasse 8 eine verantwortliche Ansprechperson, die die Schüler und Schülerinnen bis zu ihrem Übergang in eine Ausbildung oder weiterführende Schule begleitet.

Das Team identifiziert auch diejenigen Jugendlichen, die mit intensiver Begleitung einen Tag in der Woche über ein oder zwei Jahre in einem Betrieb einen Lernpraxistag absolvieren. Der Ansprechpartner organisiert dann diese Lernpraxistage oder Betriebspraktika und wertet sie mit dem Schüler aus. Wir haben übrigens festgestellt, dass diese neue Praxisform auch die theoretischen Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler verbessert. Die Berufswahlfindung ist dann immer eine Passung zwischen Eltern, Jugendlichen und den verfügbaren Ausbildungsplätzen. Hierbei hat der Ansprechpartner eine unterstützende und vermittelnde Funktion.

Das Team sorgt auch dafür, dass die Angebote der berufsbildenden Schulen vorgestellt werden. Wir sind dabei – das ist ein Regierungsauftrag – eine Jugendberufsagentur zu gründen, die institutionenunabhängig und behördenübergreifend die Übergangsschritte für die Jugendlichen und die Beratungsstandards festlegt. Ziel muss es sein, dass nicht der Abschluss, sondern der Anschluss im Vordergrund steht.

G.I.B.: Wer koordiniert die Akteure?

Rainer Schulz: Natürlich muss dieser Prozess in der Schule gesteuert werden; das ist Schulleitungsaufgabe. Es gibt einen Beauftragten oder eine Beauftragte für Berufsorien-

tierung in jeder Stadtteilschule, die die Funktion haben, den gesamten Prozess zu organisieren. Die schulischen Konzepte müssen mit den 28 zusätzlich für die Berufsvorbereitung eingestellten Lehrkräften für jede Schule individuell entwickelt werden. Das ist in den Rahmenvorgaben zur Berufsorientierung so festgelegt.

G.I.B.: Sie setzen in allen Phasen stark auf die betriebliche Ebene. Wie äußert sich das konkret für die Schüler?

Rainer Schulz: In der 8. Klasse besichtigen die Schüler eventuell einen Betrieb, informieren sich dort, lernen das Arbeitsleben erstmalig kennen. Dann schließt sich die Vorbereitung und Durchführung des ersten Praktikums und dessen Reflexion an. Die Lernpraxistage habe ich gerade erwähnt, hier gehen die Schüler ein Jahr lang einmal in der Woche in den Partnerbetrieb der Schule. Wir haben auch das Instrument der betrieblichen Lernaufgabe, wobei Schüler vom Betrieb eine Aufgabe bekommen, die sie später in der Schule bearbeiten müssen.

Durch die Kooperationen zwischen den berufsbildenden Schulen und den Stadtteilschulen erhoffen wir uns, dass der Lernort Berufsschule für die Schüler der allgemeinbildenden Schule erschlossen wird. Eine Lerngruppe könnte beispielsweise ein halbes Jahr in der Werkstatt einer Berufsschule von einem Meister praktischen Unterricht erhalten.

Unser Ziel ist, dass möglichst wenige Jugendliche in einer Übergangsmaßnahme landen. Natürlich werden wir weiterhin eine Ausbildungsvorbereitung brauchen, aber nicht mehr für 3.000, sondern nur noch für 1.000 oder 1.500 Schüler. Diese Maßnahmen würden dann eher subsidiär eingesetzt, um Konjunkturschwankungen und Veränderungen auf dem Ausbildungsmarkt aufzufangen.

G.I.B.: Die Reform verlangt auch von den Lehrern eine große Umstellung.

Rainer Schulz: Ich glaube, dass viele Lehrerinnen und Lehrer an Stadtteilschulen die Anforderungen des Arbeitslebens wirklich nicht ausreichend kennen. Berufsschullehrer können aus ihrer eigenen beruflichen Sozialisation sehr gut vermitteln, welche Anforderungen bezüglich der Arbeitstugenden in Unternehmen gestellt werden. Be-

rufsschulen stehen schon immer in einem anderen Spannungsverhältnis, denn die Betriebe geben ihnen von jeher direkte Rückmeldungen, beispielsweise über die Qualität der fachlichen Ausbildung der Berufsschüler. Für allgemeinbildende Schulen ist das Neuland.

Auf der anderen Seite sind auch Berufsschullehrer heute keine Fachleute für Berufsorientierung. Sie gingen bisher davon aus, dass die Schüler mit einer differenzierten Berufsorientierung zu ihnen kommen. Das tradierte Rollenverständnis von Berufsschullehrern muss sich hier verändern. Sie übernehmen eine Mitverantwortung, dass Schüler ab Klasse 8 auf eine Ausbildung vorbereitet werden und können sich dann nicht mehr beschweren, wenn die Kompetenzen nicht ausreichend sind.

Das höhere Qualitätskriterium für eine Stadtteilschule müsste nicht ausschließlich die Quote der erfolgreichen Abschlüsse, sondern der gesicherten Anschlussperspektiven sein. Ich glaube auch, dass Eltern eine Schule nach der Qualität der Berufsvorbereitung auswählen, weil sie entscheidend die Ausbildungsmarktperspektiven ihrer Kinder beeinflusst.

G.I.B.: Deshalb setzen Sie auf Transparenz: Schulen sollen ihre Kooperationsvereinbarungen kommunizieren, z. B. im Internet. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wäre dann die Veröffentlichung der Anschlusszahlen?

Rainer Schulz: Die Schulinspektion wird das zukünftig prüfen und wir werden sehen, inwieweit wir das in unser zukünftiges Qualitätsmanagement-System integrieren können.

G.I.B.: Bei der Ausbildungsvorbereitung gibt es in Hamburg eine ganze Reihe von Möglichkeiten: QUAS – ein Betriebspraktikum plus berufsvorbereitender Unterricht an einer Berufsschule, Produktionsschule, schulische und betriebliche Lernformen – ist das nicht wieder der Maßnahmen-Dschungel, den man eigentlich vermeiden möchte?

Rainer Schulz: Wenn Sie systematisch Bäume einpflanzen, entsteht ja kein Dschungel. Nach der zehnten Klasse wird entschieden, ob der Jugendliche ausbildungsfähig ist. Ist er das, ist die erste Priorität: möglichst eine betrieb-

liche Ausbildung. Wenn das nicht gelingt, haben wir mit der elften Klasse und dem Berufsqualifizierungsjahr in der Berufsschule ein System, das nach den gleichen Prinzipien organisiert ist wie eine duale Ausbildung. D. h., es ist ein Ganztagesangebot, das sich curricular stark an der dualen Ausbildung orientiert und von Beginn an den Betrieb als Lern- und Ausbildungsort nutzt. Ziel ist es, möglichst die Inhalte des 1. Ausbildungsjahres zu vermitteln und möglichst zeitnah auch unterjährig in die betriebliche Ausbildung überzugehen.

Dann wird es eine Gruppe geben, die trotz aller Bemühungen noch nicht ausbildungsreif ist. Die Jugendlichen kommen in eine Ausbildungsvorbereitung, die in drei Blöcken organisiert abläuft: Jugendliche ohne Betriebs- oder Ausbildungsreife kommen in eine schulische Ausbildungsvorbereitungsmaßnahme mit einem angegliederten produktionsorientierten Projekt, wo sie praktische Dinge lernen – zum Beispiel Betreiben und Arbeiten im Schul-Restaurant oder einer Fahrradwerkstatt oder einer Recyclinganlage. Wenn sich der Schüler stabilisiert hat, arbeitet er ein oder zwei Tage in einem Betrieb mit und geht weiter in die gleiche Schule. Läuft das gut, geht er in QUAS oder EQ über, also Maßnahmen, in denen er sozialversichert ist, eine Vergütung bekommt, drei Tage im Betrieb arbeitet und sozialpädagogisch betreut wird. Der Anteil, der danach in ungeforderte Ausbildung übergeht, liegt bei über 50 Prozent – eine gute Quote für Schülerinnen und Schüler, die keinen oder einen schlechten Hauptschulabschluss haben.

Im Rahmen der Gesamtabstimmung wollen die Arbeitsagenturen ihre Ausbildungsvorbereitungsmaßnahmen zurückfahren und werden Berufsvorbereitungsmaßnahmen zum Beispiel in überbetriebliche Ausbildung umwidmen, wo unsere Jugendlichen direkt in eine geförderte Ausbildung übergehen können.

G.I.B.: Spielen Förderschüler bei der Ausbildungsvorbereitung eine besondere Rolle?

Rainer Schulz: Ein Drittel der Teilnehmer sind Förderschüler. Mit ihnen arbeiten wir etwas anders: Sie werden zwei Jahre vorher von Berufsschullehrern in För-

derschulen unterrichtet und gehen zu diesem Zeitpunkt schon in Betriebe. Die Übergänge von Förderschülern in Ausbildung sind in Hamburg relativ hoch. Die Produktionsschule ist neben der Ausbildungsvorbereitung eine außerschulische Maßnahme nach der Klasse 10, in die Schüler ohne Schulabschluss gehen können, die noch nicht ausbildungsreif sind.

G.I.B.: Warum setzen Sie in Hamburg auf Produktionsschulen?

Rainer Schulz: Es gibt seit 1998 eine Produktionsschule in Hamburg und es werden jetzt zehn weitere mit insgesamt 500 Plätzen eingerichtet. Produktionsschulen sind optimal für diejenigen ohne Schulabschluss, die mit weiteren schulischen Angeboten nicht mehr erreicht werden können. Von freien Trägern betriebene Produktionsschulen erhalten übrigens die gleiche finanzielle Förderung wie die Stadtteilschulen. Sie arbeiten sehr stark produktionsorientiert, die Schüler verdienen dort auch schon etwas Geld.

G.I.B.: Was bieten Sie den Schülerinnen und Schülern an, die ausbildungsreif sind, aber bisher keine Ausbildungsstelle gefunden haben, und noch schulpflichtig sind?

Rainer Schulz: Diese Jugendlichen können, wie schon gesagt, an einer Berufsfachschule eine Ausbildung beginnen, die genauso organisiert ist wie eine betriebliche Ausbildung: ein sogenanntes Berufsqualifizierungsjahr, BQJ. Sie lernen in einer Schule und arbeiten zwei bis drei Tage in einem Betrieb. Am Ende des ersten Ausbildungsjahres erhalten sie eine Bescheinigung über die erworbenen Kompetenzen.

Angestrebt wird der Übergang in eine betriebliche Ausbildung in dem Betrieb, in dem sie im Rahmen des BQJ auch gearbeitet haben, unter Anerkennung des ersten Jahres oder von Teilen des ersten Jahres – das entscheidet nach dem Berufsbildungsgesetz der Betrieb selbst. Wenn die Jugendlichen nicht übernommen werden, übernehmen wir sie in eine geförderte Ausbildungsmaßnahme, die wir ausschreiben, wobei wir uns verpflichten, das erste Jahr voll anzuerkennen. Der Träger muss spätestens im dritten Jahr einen Betrieb finden, in dem der Jugendliche die Ausbildung betrieblich fortsetzen kann.

Mit diesem „Hamburger Ausbildungsmodell“ starten wir am 1.8.2010 mit zunächst 50 Plätzen und stocken ein Jahr später auf 300 Plätze auf. Insbesondere im Handwerk sehen wir Erfolgchancen, weil viele Handwerksbetriebe keine Auszubildenden mehr finden.

G.I.B.: Sind Qualifizierungsbausteine bei Ihnen ein Thema?

Rainer Schulz: Die sind ein Thema in der Ausbildungsvorbereitung, weil wir glauben, dass wir mit Qualifizierungsbausteinen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhöhen können. Typisches Beispiel ist die Ausbildungsvorbereitung im Bereich Logistik, also bei den Jugendlichen, die nachher im Hafen eine Ausbildung als Fachkräfte für Lagerlogistik absolvieren. Hier steigen die Vermittlungschancen mit einem Gabelstaplerschein, den sie bei uns in der Ausbildungsvorbereitung machen können. Ein anderes Beispiel sind Landschaftsgärtner: Für einen Landschaftsgärtner ist ein Kettenschein oder ein Führerschein wichtig. Das sind Qualifizierungsbausteine, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhöhen. Sie werden normalerweise erst in der Ausbildung erworben. Wenn jemand einen Kettenschein bereits mitbringt, ist er vom Betrieb sofort einsetzbar. Die Ausbildungsvorbereitung ist betriebsnäher ausgerichtet und der Jugendliche bekommt ein Zertifikat.

G.I.B.: Wir haben den Eindruck, dass im Rahmen des Hamburger Modells auch von den Jugendlichen eine aktivere Rolle erwartet wird.

Rainer Schulz: Wenn die Jugendlichen nicht lernen, diese Rolle anzunehmen, dann werden wir nicht erfolgreich sein. Die Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist ja, dass ich selber meine Berufsbiografie aktiv gestalte. Hier gilt der pädagogische Grundsatz: „fördern und fordern“ und hier setzt auch die frühe Erfahrung mit außerschulischen Lernorten an, wo die Schüler selbst mitbekommen, was sie im Betrieb können müssen. Die Einsicht in die Notwendigkeit, etwas zu lernen, wird doch häufig erst durch einen Anwendungsbezug hergestellt. Es ist wichtig, dass Schüler in der Berufsvorbereitung mit realen Anforderungen konfrontiert werden und danach motiviert in die Schule zurückkehren.

G.I.B.: Zum einen sollen die Lernwege und Übergänge individueller gestaltet werden, zum anderen ist die Datenlage aber beim Übergang Schule – Beruf unzureichend. Wie können Sie da ein aussagefähiges Monitoring realisieren?

Rainer Schulz: Wir dokumentieren mit dem Berufswegeplan den individuellen Übergang jedes Schülers. Das gab es zuvor nicht. Um statistische Daten über die berufsbiografischen Verläufe einzelner Menschen zu erhalten, bräuchten wir zusätzlich so etwas wie eine Schüler-ID. Wir flankieren den gesamten Reformprozess mit einem Aktionsbündnis unter der Schirmherrschaft des ersten Bürgermeisters Ole von Beust. Die Stadt arbeitet mit den Kammern, dem Unternehmensverband Nord, den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur und team.arbeit.hamburg zusammen, weil man im Übergang Schule – Beruf nichts erreichen kann, ohne das mit den Sozialpartnern vernünftig abzustimmen. Auch in diesem Aktionsbündnis ist die Einsicht in das Problem der statistischen Erfassung groß. Leider gibt es viele datenschutzrechtliche Probleme. Ich glaube aber, dass man die lösen kann, wenn man wirklich will.

G.I.B.: Ist das Problem Datentransparenz in einem Stadtstaat einfacher zu lösen als in einem Flächenbundesland?

Rainer Schulz: Ich glaube ja, weil es bei uns keine kommunalen Trägerstrukturen gibt. Die Daten werden auf landesbehördlicher Ebene erzeugt – da sind es wenige Personen, die sich abstimmen müssen. Unsere Datenlage für die Schulen ist eigentlich relativ gut: Wir können abbilden, wo ein Schüler wie lange war und was in der Zeit passiert ist. Wenn er die Schule verlässt, geht das nicht mehr.

G.I.B.: Auch im nachschulischen Bereich planen Sie eine enge Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Leistungssystemen, um die richtige Maßnahme für den einzelnen Jugendlichen auszuwählen. In NRW ist es schwierig, vor Ort abweichende Regelungen zu treffen, weil die Angebote im SGB III doch sehr zentralistisch gesteuert werden. Stehen Sie da in einem Stadtstaat wie Hamburg vor ähnlichen Problemen?

Rainer Schulz: Grundsätzlich wird natürlich auch in Hamburg die Arbeitsagentur von Nürnberg aus gesteuert, auch wir haben eine formale Trennung, können diese aber im Einzelfall durchbrechen, weil die handelnden Personen in Hamburg eng zusammenarbeiten.

G.I.B.: **Wie gehen Sie das Problem der unterschiedlichen Rechtskreise des Sozialgesetzbuches, in denen sich Jugendliche bewegen können, an? Nach dem SGB III ist es oft schwierig, vor Ort individuelle Regelungen umzusetzen.**

Rainer Schulz: Wir beginnen im Rahmen des Aktionsbündnisses die schulischen und außerschulischen Maßnahmen so abzustimmen, dass sie kohärent aufeinander aufbauen. Durch die Beteiligung der Arbeitsagenturen bei der Berufsvorbereitung und der Berufsorientierung ab Klasse 8 besteht die Chance, den Übergang frühzeitig anzubahnen. Das eigentliche Erfolgsgeheimnis dabei ist, nicht erst am Ende einer Maßnahme über die nächste nachzudenken, sondern viel früher. Wir müssen sicherstellen, dass ein Jugendlicher nach einer berufsvorbereitenden Maßnahme bei uns nicht anschließend von der Arbeitsagentur das Gleiche noch einmal vermittelt bekommt, sondern einen sinnvollen Anschluss erhält.

G.I.B.: **Wer steuert und koordiniert die gesamte Bildungsreform?**

Rainer Schulz: Im Moment sind wir noch in der Projektentwicklung. Das Projekt Übergang Schule – Beruf ist eines von sieben innerhalb dieser Schulreform. Es wird von Vertretern der Allgemeinbildung und der Berufsbildung, der Kammern, der Wirtschaftsbehörde und der Arbeitsagentur organisiert. Federführend ist das HIBB. Flankiert wird das Ganze auf der politischen Ebene von dem oben erwähnten Aktionsbündnis. In der Implementierungsphase werden wir weiterhin die Steuerungsfunktion übernehmen, die sieben Teilprojekte des Projektes Übergang Schule – Beruf aber auf drei verdichten. Und wir bauen im Aktionsbündnis eine Steuerungsstruktur über die Behörden hinweg auf. Die Verwendung der Gelder wird auf der Behördenleitungsebene abgestimmt.

Dann haben wir einen Reformprozess in den allgemeinbildenden Schulen, der sehr stark auf Regionalisierung setzt. Es wird zukünftig in jedem Bezirk eine regionale Bildungskonferenz geben, an der die außerschulischen Akteure beteiligt sind. So soll das Bildungsangebot in der Region weiterentwickelt werden. Die regionalen Bildungskonferenzen sollten genutzt werden, um für Berufsorientierung mit den Betrieben in der Region zusammenzuarbeiten und Netzwerke zu knüpfen. Sobald es um den Übergang in die Ausbildung geht, ist dieses landesweit und zentral in Abstimmung mit den Kammern zu steuern.

G.I.B.: **In welchem Stadium befindet sich die Reform in Hamburg zur Zeit?**

Rainer Schulz: Unser Hauptaugenmerk nach der Entwicklung der Konzepte liegt jetzt darauf, die Implementierung voranzutreiben, sie vernünftig zu begleiten und mit einer Fortbildungsstruktur zu versehen, um einen Prozess in der Schule zu initiieren, der sich dann selber trägt.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Friedel Damberg, Tel.: 02041 767-150

E-Mail: f.damberg@gib.nrw.de

Manfred Keuler, Tel.: 02041 767-152

E-Mail: m.keuler@gib.nrw.de

KONTAKT

Rainer Schulz

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

Tel.: 040 42863-2124

E-Mail: rainer.schulz@hibb.hamburg.de

LINK

www.hibb.hamburg.de

Materialien zur Hamburger Bildungsoffensive finden Sie im G.I.B.-Info-Online: www.gibinfo.de